Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 3

Artikel: Überlegungen zur gegenwärtigen Lage der Bundeswehr

Autor: Kopp, Wolfgang

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-587010

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Überlegungen zur gegenwärtigen Lage der Bundeswehr

Der Blick auf die gerade zu Ende gegangene Grossübung der NATO verstärkt die Bedenken zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Zugleich werden auch die Vorbehalte deutlicher, was den politischen Willen angeht, besonders wenn es darum geht, die 2013 erhobene Forderung nach der Übernahme von mehr Verantwortung umzusetzen.

Wolfgang Kopp

Dieses Mehr an Verantwortung kann sowohl ein Mehr an politischer Verantwortung, als auch ein Mehr an militärischem Engagement Deutschlands bedeuten. Dieses Mehr an Verantwortung bedeutet dann grössere Solidarität im Bündnis und einen soliden militärischen Beitrag. Nur so kann erreicht werden, dass der politischen Absicht im äussersten Fall die Mittel zur Verfügung stehen, die ihre Durchsetzung mit militärischer Gewalt ermöglichen. Die Übereinstimmung von politischem Willen und militärischen Mitteln zeigte sich im damaligen NATO-Konzept in den Jahren bis 1990 besonders beispielhaft. Damit wurde letzten Endes auch die politische Wende in Europa möglich.

Betrachtet man die Übung «Trident Juncture», so fällt auf, dass die Bundeswehr umfangreich beteiligt war. Neben der Übernahme der Führung durch das Multinationale Hauptquartier in Ulm, das im Kern mit deutschem Personal ausgestattet ist, engagierte sich Deutschland mit Schwerpunkt im logistischen Unterbau der Übung. Das kennzeichnet in gewisser Weise die Haltung der deutschen Politik und ihr Verständnis von gelebter Solidarität. Logistische und sanitätsdienstliche Kompetenz und die Bereitschaft, Ausbildungshilfe zu leisten, sind offenbar das, was die politische Führungsriege unter dem Mehr an Verantwortung im Feld sicherheitspolitischer Hardware verstehen will.

Betrachtet man dagegen die deutsche Übungsbeteiligung im Bereich der Kampfverbände und -einheiten, so entsteht ein völlig anderer Eindruck. Hier begrenzte sich der deutsche Beitrag auf drei Schiffe, was einen maritimen Anteil von etwa fünf Prozent ausmacht.

«Die beste Ausrede, wenn man politisch nicht will, ist die, dass man militärisch eigentlich gar nicht kann.»

Weder das Heer, noch die Luftwaffe waren aber sichtbar. Könnte man beim Heer noch die Ausrede gelten lassen, dass die Übung in Spanien, Portugal und Italien stattgefunden hat, so gilt dies für die fehlende Sichtbarkeit der Luftwaffe nicht. Auch beim Heer bleibt es eine Ausrede.

Mit dem Hägglund geht es auch durch schwerstes Gelände.
Bilder: Facebook-Bundeswehr

Gewollt oder ungewollt hat Deutschland wieder einmal seinen politischen Willen zu militärischer Zurückhaltung gezeigt, der spätestens seit dem Koalitionsvertrag von 2009[1] Programm ist. Heute gilt die Bundeswehr in den Aufgabenbereichen Logistik und im Sanitätsdienst als besonders kompetent. So stellt die Politik ihre Streitkräfte auch besonders gerne dar. Bis in die 90er Jahre war das völlig anders. Bis dahin setzte die Bundeswehr internationale Massstäbe für die eigentlichen militärischen Kernfähigkeiten – den Kampf, das Gefecht und das Zusammenwirken der Truppen auf dem Gefechtsfeld. Andere Nationen, auch die USA, haben unsere Ausbildung und deren Grundlagen damals kopiert, es zumindest versucht. Auch die Ausrüstung der Bundeswehr setzte internationale Massstäbe, die teilweise bis heute gelten, z. B. der Leopard 2.

Die internationale Anerkennung, das Ansehen im Bündnis und die Kompetenz sind mittlerweile verloren gegangen. Das ist das Ergebnis der politischen Willensbildung, deren Ausgangspunkt im Kanzleramt zu suchen ist. Der politische Wille ist es offenbar und das spätestens seit 2005, also seit der Ära Merkel, Deutschland zur Friedensmacht[2] umzugestalten und damit das Konzept militärischer Zurückhaltung zu verbinden. Die beste Ausrede, wenn man politisch nicht will, ist die, dass man militärisch eigentlich gar nicht kann. Dass dies im Kern eine Verhöhnung des Einsatzwillens der Soldaten ist, hat die politische Klasse nicht begriffen, oder – wahrscheinlicher – es ist ihr egal.

Die Bundeswehr leidet unter einer Unterfinanzierung

Jedenfalls ist zu beobachten, dass die militärischen Fähigkeiten seit 2005 vor allem im Bereich «Kampf» rapide abge-

Fahrzeugkolonne auf dem Weg zum Camp Nord.

Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 233 beim Häuserkampf.

baut wurden. Schon seit der Wiedervereinigung litt die Bundeswehr jährlich unter einer erheblichen Unterfinanzierung. Stimmte aber der politische Wille um die Jahrtausendwende noch einigermassen mit den Mitteln überein, so ist dieser Wille heute nicht mehr erkennbar. Alle Sonntagsreden der politischen und – leider auch – der militärischen Verantwortlichen ändern daran nichts. Die militärischen Fähigkeiten wurden mittlerweile so zurückgefahren, dass mangels Personal, Ausrüstung und Ausbildung ein glaubhafter Beitrag zur Bündnisverteidigung zur Zeit nicht möglich ist.

Der Umbau, oder besser der Abbau der Bundeswehr durchzieht die Ära Merkel wie ein roter Faden.

Diese Linie der Politik wird deutlich am Beispiel der langjährigen Leugnung des Kriegszustandes in Afghanistan, der ersatzlosen Abschaffung der Wehrpflicht, drastischer Mittelkürzungen, verbunden mit der Reduzierung von kampfentscheidenden Grossgeräts um rund ein Drittel unterhalb des Solls.

Die Leugnung des kriegsähnlichen Zustands in Afghanistan durch die Politik hatte zur Folge, dass der dort eingesetzten Truppe weder ein angemessenes Mandat erteilt, noch eine adäquate Ausstattung zugeteilt wurde. Die Politik war gefangen in der Eigensuggestion des Brunnenbohrens. Dem Ernst der Lage wurde zunächst nur durch scheibchenweise Nachsteuerung Rechnung getragen. Erst das Karfreitagsgefecht von 2010 und die Gefallenen führten dazu, dass schwere Waffen nach Afghanistan gebracht wurden, Waffen, wie die Panzerhaubitze, die andere Nationen schon lange vor der Bundeswehr dort eingesetzt hatten. Man kann es durchaus als Skandal bewerten, dass die politisch motivierte militärische Zurückhaltung auf dem Rücken der Truppe ausgelebt wurde.

Es ist der Verdienst zu Guttenbergs, dass er dafür gesorgt hat, den Konflikt in Afghanistan als Krieg zu begreifen.

Abschaffung der Wehrpflicht, Mangel an Grossgeräten

Die Abschaffung der Wehrpflicht erfolgte ersatzlos ohne Absicherung durch Möglichkeiten, den personellen Bedarf besonders auf der Ebene der Mannschaftsdienstgrade auf andere Weise angemessen decken zu können. Damit wurde der Bundeswehr die personelle Ressource auch für die Gewinnung von Unterführer- und Führernachwuchs entzogen. Die Armee wurde auf der Ebene der Mannschaftsdienstgrade quasi abgeschafft. Die Folgen sind bis heute spürbar. Ist die Gewinnung von Nachwuchs für die Offizier- bzw. Unteroffizierlaufbahn gut bis hinreichend möglich, so ist sie für die Laufbahn der Mannschaftsdienstgrade eher schlecht. Dies gilt vor allem für qualifizierten Nachwuchs. Der mit der wohl klingenden Bezeichnung «Dynamisches Verfügbarkeitsmanagement» verschleierte Abbau des Grossgeräts um 30 Prozent unter Soll war verbunden mit einem Einschnitt auch in den Betrieb der Streitkräfte. Die Auswirkung unter anderem auf Übungen, Schiessvorhaben und Flugstunden reduzierte auch nachhaltig die Professionalität, das heisst die militärische Leistungsfähigkeit der Truppe. So ist die Fähigkeit im Heer zum sogenannten «Gefecht der verbundenen Waffen», das heisst zum engen Zusammenwirken vieler Truppenteile unter Gefechtsbedingungen, weitestgehend verloren gegangen.

Die Reduzierung des Grossgeräts und die Einschnitte in den Betrieb haben dazu geführt, dass die Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung nicht ein-

satzbereit ist. Sie ist nicht einsatzbereit, weil sie die auf dem Papier im Organigramm ausgewiesenen Grossverbände und Verbände mangels Ausrüstung und Ausbildung nicht zur gleichen Zeit einsetzen kann.

Waren politische Absicht und militärische Fähigkeiten in der Zeit des Kalten Krieges noch im Einklang, weil die politische Absicht mit militärischen Fähigkeiten unterfüttert war, so sind die heutigen politischen Phrasen, gerade auch die nach mehr Verantwortung, hohl, weil die Mittel zur Umsetzung fehlen. Die Krim-Krise hat deutlich gezeigt, welcher Stellenwert uns sowohl als Nation, als auch als EU zugemessen wird.

Beurteilung des Potenzials der Bundeswehr

Die Absenkung der konventionellen Fähigkeiten auf breiter Front führt aber gleichzeitig auch zu einer Absenkung der atomaren Schwelle[3]. Dieser Zusammenhang scheint der Politik nicht klar zu sein. Da aber der Einsatz von Atomwaffen wegen der gegenseitigen gesicherten Vernichtungsmöglichkeit nach wie vor als unwahrscheinlich gilt, ist der konventionelle Handlungsspielraum für einen entsprechend gerüsteten Gegner grösser, zumal wenn er das breite Spektrum hybrider Kriegsführung nutzt.[4]

Deutschland ist aufgrund der dargestellten Defizite weit davon entfernt, als militärisches Gewicht wahrgenommen zu werden. Äussert sich das innerhalb der NATO bestenfalls in Verständnis, oder, für Soldaten weniger erträglich, in verständnisvollem Mitleid, so zeigt das Verhalten Russlands deutlich, wie unser militärisches Potential dort beurteilt wird. Militärische Zurückhaltung steht als politische Linie unserem Land sicher gut an. Daraus aber einen Raubbau an den militärischen Fähigkeiten abzuleiten, führt zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und Stellenwert im eigenen Bündnis und bei einem möglichen Gegner.

Die Eigenblendung in Deutschland bestand und besteht immer noch in der Annahme, das Zusammenstellen von Kontingenten für Einsätze in einem eher bescheidenen Umfang oder Ausbildungshilfe seien das Mass an Einsatzbereitschaft, welches ausreicht.

Selbst das Zusammenstellen von Kontingenten ist aber nur unter erheblichen Problemen möglich, wie beispielsweise das Zusammenstellen des Panzergrenadierbataillons für die Speerspitze der NATO zeigt, das Gerät nahezu aus dem gesamten Rest des Heeres ausleihen musste.[5]

Deutschland hat sich militärisch selber abgeschafft, oder besser gesagt, die deutsche Politik hat sich ihres ungeliebten militärischen Instruments entledigt.

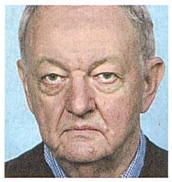
Soll der Stellenwert und die internationale Anerkennung auf dem Feld militärischer Zusammenarbeit wieder gewonnen werden, so ist ein anderer militärischer Beitrag zu politischer Solidität und zur Solidarität im Bündnis erforderlich. Sicher sind auch Logistik und Sanitätsdienst für militärische Operationen unabdingbar wichtig, aber sie bestimmen nicht den Stellenwert. Dieser ergibt sich aus dem politischen Willen, der Bereitschaft und der glaubwürdigen Fähigkeit, im äussersten Fall die westlichen Werte im Kampf zu verteidigen.

Fazit

Die politischen Absichtserklärungen zu Verbesserungen hat man vernommen, wenn auch nicht aus dem Kanzleramt, wohl auch deshalb, weil der derzeitige Stand der dort vorhandenen Absicht entspricht. Den verbalen Bekundungen politischen Hilfspersonals sollten jetzt sichtbare Taten folgen. Diese Nachhaltigkeit wird man mit Interesse beobachten müssen. Bis dahin bleibt es dabei, dass die Kluft zwischen Schein und Sein zum Nachteil der Bundeswehr und ihrer engagierten und motivierten Soldaten bestehen bleibt.

Zu hoffen ist, dass der NATO-Gipfel in Wales auch das Umdenken in Deutschland beschleunigt. ■

1 Koalitionsvertrag 2009, S. 123 f.
2 Vgl. Prof. Christian Hacke «Zivilmacht ohne Zivilcourage», in BPB, APUZ, 39/2011, 21.09. 2011.
3 Vgl. Rainer Waterkamp, Sicherheitspolitik zwischen Rüstung und Abrüstung, Opladen 1985, S. 115 f.
4 Vgl. Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, 4. Auflage, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 73.
5 Vgl. T. Wiegold in «Augen geradeaus» vom 10.03. 2015 einschl. der Kommentare.



Brigadegeneral a D
Wolfgang Kopp
D-72488 Sigmaringen

Aus dem Bundeshaus

Die Sicherheitspolitischen Kommissionen (SiK) tagten im Vorfeld der Frühjahrssession 2016 sowie erstmals in der 50. Legislatur und in ihrer neuen Zusammensetzung.

Die SiK Nationalrat (NR) gibt der Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Verstärkung des Grenzwachtkorps Folge (GWK; 15.301) und empfiehlt der vorprüfenden Finanzkommission NR dasselbe für eine fast gleichlautende Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt (15.311). Sie beauftragt den Bundesrat mittels Postulat, «den Auftrag und den zu dessen Erfüllung notwendigen Bestand des GWK» angesichts der sich rasch verändernden Lage an der Grenze zu prüfen und bis Ende Mai Bericht zu erstatten unter Einbezug der Armee zur Unterstützung des GWK im Assistenzdienst (16.3005). Die SiK-NR lehnt die Parlamentarische Initiative «Stärkung der Sicherheit – Wiedereinführung und Verstärkung der Grenzkontrollen» zur Ergänzung der Bundesverfassung ab: «Die Schweiz kontrolliert ihre Grenzen eigenständig und systematisch.» (15.443).

Die SiK Ständerat (SR) schliesst sich den Entscheiden des NR in der Wintersession 2015 an. Erstens bei der Änderung des Militärgesetzes (SR 510.10): sechs anstatt fünf Wiederholungskurse der Mannschaft (14.069-1). Zweitens beim «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» (14.069-6), wonach 20 Milliarden Franken bewilligt werden, und das VBS «während der Budgetierung Umschichtungen zwischen den eigenen Krediten vornehmen kann». Drittens die «Zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» von 874 Millionen Franken einschliesslich des Leichten geländegängigen Lastwagens «Duro I» (15.017; «Rüstungsprogramm 2015»). Folgte der Ständerat seiner SiK und damit dem NR, so könnte die sechsteilige Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069) am 18. März 2016 mittels Schlussabstimmungen parlamentarisch verabschiedet werden.

Oberst a D Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE